

Ein Richter von Welt

Ausgedehnte Reisetätigkeit In seinen drei Jahren als Bundesgerichtspräsident ist ihm im Inland wenig gelungen. Im Ausland hingegen genoss er glamouröse Auftritte. Ulrich Meyer reiste im Stil eines Diplomaten auf Staatskosten um die halbe Welt.

Philippe Reichen, Lausanne

Das Lob war überschwänglich, der Rahmen feierlich, der Redner prominent. Richard Wagner, oberster Richter Kanadas, hielt am 1. Mai 2019 in Montréal eine Lobrede auf den Schweizer Bundesgerichtspräsidenten Ulrich Meyer. «Herr Meyer verdient all unsere Anerkennung. Bravo!», rief der Kanadier in den Saal zur Eröffnung des 8. Kongress der Vereinigung französischsprachiger Verfassungsgerichte. «Sie können sich nicht vorstellen, mit welcher Freude ich hier bei Ihnen bin», versicherte Meyer den Zuhörern, bevor er die Präsidentschaft der Vereinigung Wagner abgab.

Der Auftritt verdeutlicht: Meyer hat sich nach seiner Wahl zum Bundesgerichtspräsidenten 2017 mit Verve internationalen Mandaten und Tätigkeiten gewidmet. Auf Fotos und gemäss Redetexten wirkt er wie ein Diplomat.

Im Inland ist Meyers Bilanz wenig glamourös. Im März scheiterte die Revision des Bundesgerichtsgesetzes. Und nach der Untersuchung über eine Sexismus- und Mobbingaffäre am Bundesstrafgericht in Bellinzona bleiben vor allem Meyers sexistische Aussagen über eine Richterin in Erinnerung. «Die quasselt», «sie hat einen giftigen Blick», «so eine Magersüchtige», «ich kann sie nicht länger als zwei Sekunden anschauen», sagte Meyer gemäss der Fernsehsendung «Rundschau» vor Richterkollegen über die Frau. Er musste sich entschuldigen. «Kein Mensch ist ohne Fehler», sagte er letzte Woche dieser Zeitung.

Von Bella Italia verzückt

Im Ausland lief es ihm besser. Der 66-Jährige pflegte eine ausgedehnte Reisetätigkeit. Mit Ausnahme von Australien war er auf sämtlichen Kontinenten, um an Kongressen, Konferenzen und Arbeitssitzungen teilzunehmen. Paris, Prag, Peking, Rabat, Montréal, Vilnius und Kambodscha hiessen einige Destinationen unter vielen. Die Reisen zahlte der Steuerzahler, wobei Bundesgerichtssprecher Peter Josi die Kosten zunächst nicht beziffern konnte. «Der Bundesgerichtspräsident verfügt nicht über ein gesondertes Budget für Auslandsreisen. Folglich wird auch keine personenbezogene Buchhaltung geführt», so Josi. Vielmehr werde eine allgemeine Buchhaltung für Auslandsreisen aller Richter geführt. Schliesslich teilte Josi mit, das Jahresbudget betrage für alle 38 Richter 100'000 Franken.

In Venedig fühlte sich Meyer besonders wohl. Er sei schon das zweite Mal in der Lagunenstadt, sagte er 2019 in seiner Rede vor der Venedig-Kommission des Europarats. Er vergass nicht, das Abendessen am Vorabend zu rühmen und dankte «für all die guten Dinge, die Bella Italia, dieses schöne und einzigartige Land, bietet».

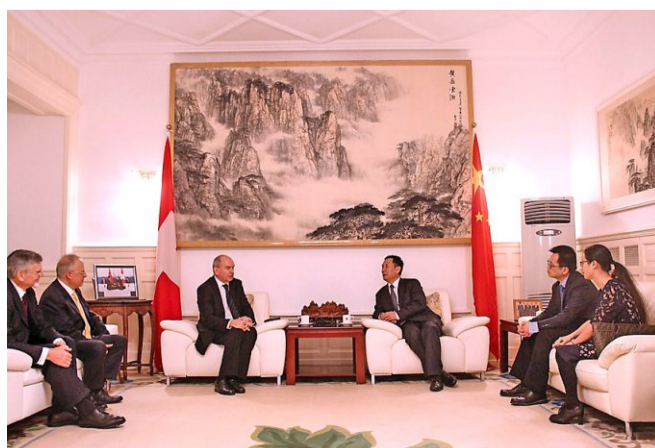
Willkürjustiz statt Rechtsstaat

Ungewöhnlich wirkt, dass Ulrich Meyer als Deutschschweizer Sozialversicherungsrechtler während dreier Jahre die Vereinigung französischsprachiger Verfassungsgerichte präsidierte. Die Aufgabe klingt nobel: Schutz des Rechtsstaats und demokratischer Ideen. Doch unter den rund 40 Mitgliedsstaaten sind auch reformresistente Unrechtsstaaten wie Äquatorialguinea, Tschad, Burundi, Madagaskar, Ägypten, Haiti, Guinea-Bissau und das Bürgerkriegsland Zentralafrikanische Republik.

Für Meyer ist jedoch klar: Das Bundesgericht als Vertreterin der viersprachigen, föderalistischen Schweiz könne in der Vereinigung einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit in anderen Mitgliedsstaaten leisten.



Besuchte während seiner Präsidentschaft sämtliche Kontinente ausser Australien: Ulrich Meyer. Foto: Ruben Wytttenbach (13 Photo)



Ulrich Meyer bei Chinas Botschafter Geng Wenbing (links) und mit dem obersten Richter Fidschis in Lausanne. Fotos: PD



Der Bundesgerichtspräsident traute sich auch heikle Mandate zu. 2017 empfing er Zhou Qiang, Präsident des chinesischen Obersten Volksgerichtshofs, am Bundesgericht in Lausanne. Mit dem Einverständnis des Aussendepartements in Bern unterzeichneten sie ein Memorandum of Understanding. Darin ist die Rede von Seminaren über Themen von gemeinsamen Interessen wie das Finanzdienstleistungsrecht und die Bankenaufsicht. Die chinesische Botschaft in Bern feierte das Memorandum, als «Akt, der symbolisieren sollte, dass die Kooperation beider Seiten in der Justiz ein neues Niveau erreicht hat.»

Die harte Hand Pekings

Grundsätzliche Differenzen zwischen den Rechtssystemen beider Staaten wurden ausgeblendet – zumindest offiziell. Im April 2018 reiste Meyer an den Obersten Volksgerichtshof nach Peking, wo ihn Gerichtspräsident Zhou «über

Meyer traute sich auch heikle Mandate zu. 2017 empfing er den Präsidenten des chinesischen Volksgerichtshofs in Lausanne.

die Rechtsstaatlichkeit und die Justizreform in China informierte», wie es später in einer Depesche hiess. Die Informatisierung der Gerichte würden «die Qualität und die Effizienz der Gerichtsverfahren und die Glaubwürdigkeit der Justiz ständig verbessern», wurde Zhou zitiert.

Was das heisst, lässt Besucher des obersten Gerichts in China jeweils gleichzeitig staunen und schauern. Vom diesem aus lässt sich per Bild und Ton in jeden der 28'000 Gerichtssäle des Landes schalten. «Die chinesische Dienstaufsicht kontrolliert so ohne Dienstreise die 120'000 Richter des Landes: ob sie pünktlich und ordentlich gekleidet erscheinen, während des Prozesses telefonieren – und wahrscheinlich manches mehr», schrieb die Zeitung «Die Zeit» nach einer Visite deutscher Richter im selben Jahr.

Auf die Auslandstätigkeiten des Bundesgerichtspräsidenten angesprochen, sagt Sibel Arslan (Grüne, BS), Nationalrätin und Mitglied der Gerichtskommission: «Ich wusste nichts von diesen Reisen und kenne deren Handhabung bei den Gerichten nicht.» Ständerat Andrea Caroni (FDP, AR) begrüsst es, wenn die oberste Justizbehörden, wie die Exekutive und Legislative, «über den Tellerand» blicken.

Kritik gibt es hingegen von Nationalrat Pirmin Schwander (SVP, SZ), der ebenfalls Mitglied der Gerichtskommission ist: «Dass die Reisen von Herrn Meyer untersucht werden, ist wichtig und notwendig.» Die Probleme sassen aber tiefer, so Schwander. Seit 2008 wisse das Parlament von den Problemen an den verschiedenen Bundesgerichten, auch was die Wahl von Richterinnen und Richtern anbelange. «Parlament und Kommissionen wollten und wollen sich nicht darum kümmern. Unter dem Fokus der Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter schwiegen bislang Parlament und Kommissionen», stellte der Schwyzer fest. Sie kämen erst, wenn ein «Skandal» drohe. Schwander ist sich sicher: «Wir sind also erst an die Spitze des Eisbergs vorgedrungen.»